

UNZUFRIEDENHEIT OHNE KLARE ALTERNATIVEN

**Wie Menschen in Deutschland über
Wirtschaftspolitik denken**

**Jan Eichhorn
Tobias Spöri**

d|part

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung	4
Executive Summary	5
1. Zielsetzung	6
2. Unzufriedenheit mit dem Status Quo ohne klare Vorstellungen eines anderen Systems	8
3. Persönliche und gesellschaftliche Konsequenzen von Wirtschaftspolitik als essenzieller Bestandteil von Bevölkerungsperspektiven	11
4. Ungleichheit als Problem – aber verschränkt mit dem Leistungsgedanken	15
5. Große Erwartungen an einen proaktiven Staat, aber wenig Vertrauen in ihn	20
6. Staatsfinanzen und Finanzwirtschaft: abstrakt und nur schwer greifbar	26
Schlussfolgerungen: Spannungen und Konsequenzen	30
Autoren	35
d part	36

Zusammenfassung

Dieser Bericht zeigt auf, wie Menschen in Deutschland über wirtschaftspolitische Themen sprechen und welche Narrative dabei dominieren. Grundlage der Analyse sind zwölf Kleingruppeninterviews in Bochum und Leipzig sowie eine repräsentative Umfrage mit 1.968 Teilnehmenden. Die Ergebnisse zeigen, dass wirtschaftspolitische Debatten oft aus einer persönlichen Perspektive geführt werden, die jedoch auch die Gemeinschaft berücksichtigt. Dabei unterscheiden sich die Wahrnehmungen deutlich von den in Politik, Wissenschaft und Medien vorherrschenden Erzählungen.

Fünf zentrale Spannungsfelder prägen die Diskussionen dabei besonders stark:

Erstens herrscht eine große Unzufriedenheit mit dem Status quo, jedoch fehlen konkrete Vorstellungen wie Wirtschaftsprozesse alternativ organisiert werden könnten.

Zweitens betrachten viele Menschen wirtschaftliche Fragen nicht isoliert, sondern im gesellschaftlichen Kontext, wobei sie jedoch häufig ein Nullsummend Denken anwenden und viele bestimmte Gruppen wie Geflüchtete oder Sozialleistungsempfänger*innen ausgrenzen.

Drittens wird Ungleichheit als großes Problem wahrgenommen, jedoch stark mit dem Leistungsprinzip verknüpft, wodurch vor allem Abgrenzungen „nach unten“ entstehen.

Viertens erwarten viele eine aktive wirtschaftspolitische Rolle des Staates, gleichzeitig ist das Vertrauen in dessen Handlungsfähigkeit – insbesondere angesichts globaler Herausforderungen – gering.

Fünftens gibt es ein diffuses Gefühl, dass Finanz- und Staatsausgaben anders organisiert werden könnten, doch fehlt es an Wissen und Vokabular, um alternative Konzepte zu diskutieren.

Die Forschung zeigt, dass bestehende Narrative zu Wirtschaftspolitik häufig nicht mit den intuitiven Denkweisen vieler Menschen übereinstimmen. Um wirtschaftspolitische Diskussionen konstruktiver zu gestalten, ist eine bessere Verbindung zwischen wissenschaftlichen, politischen und alltagsnahen Erzählungen erforderlich.

Executive Summary

This report highlights how people in Germany discuss economic policy issues and which narratives dominate these conversations. The analysis is based on twelve small-group interviews conducted in Bochum and Leipzig, as well as a representative survey with 1,968 participants.

The findings reveal that economic policy debates are often approached from a personal perspective, while still considering the broader community. However, these perceptions differ significantly from the prevailing narratives in politics, academia, and the media.

Five major fault lines define these discussions:

1. There is widespread dissatisfaction with the status quo, yet concrete ideas on how economic processes could be reorganized are lacking.
2. Many people do not view economic issues in isolation but rather within a broader social context. However, they often apply a zero-sum mindset, leading to the exclusion of certain groups, such as refugees or welfare recipients.
3. Inequality is perceived as a major problem, but it is strongly linked to the principle of meritocracy, reinforcing distinctions, particularly toward those perceived as „lower“ in the social hierarchy.
4. While many expect the state to play an active role in economic policy, trust in its ability to act—especially in the face of global challenges—is low.
5. There is a vague sense that financial and public expenditures could be organized differently, but a lack of knowledge and vocabulary makes it difficult to discuss alternative concepts.

Research shows that existing economic policy narratives often do not align with the intuitive ways in which many people think. To foster more constructive discussions on economic policy, a stronger connection between academic, political, and everyday narratives is needed.

1. Zielsetzung

Der Bundestagswahlkampf 2025 war in vielerlei Hinsicht eine Auseinandersetzung über die Ausrichtung deutscher Wirtschaftspolitik. Fragen zu Staatsschulden, Investitionen, der Energiewende, dem Umfang von Sozialleistungen und der Entwicklung deutscher Exporte waren allgegenwärtig. Die politischen Parteien nahmen teils starke Positionen - zum Beispiel zur Schuldenbremse oder dem Bürgergeld - ein in der Annahme damit bei den Wählenden punkten zu können.

Ob politische Akteure viele Menschen dabei jedoch mit diesen Positionen und Forderungen inhaltlich abholen konnten, kann bezweifelt werden. Während zahlreiche Schnellumfragen die Positionen der Bevölkerung zu konkreten politischen Maßnahmen abfragten und die Ergebnisse davon in hoher Frequenz präsentiert wurden, wäre es vorschnell daraus zu schließen, dass wir davon klar ablesen können, wie in der Bevölkerung über wirtschaftliche Themen nachgedacht und gesprochen wird. Wir wissen, dass Entscheidungsträger*innen und Expert*innen oft ein verzerrtes Bild von den Ansichten der Menschen im Land bei wichtigen Fragestellungen, wie beispielsweise der Verknüpfung von Außen- und Wirtschaftspolitik, haben.¹

Während Ergebnisse aus Umfragen uns die Reaktion von Menschen aufzeigen, wenn wir sie zu bestimmten Sachverhalten befragen, können wir daraus keine Schlüsse ziehen, ob und wie sie selbst über das entsprechende Thema nachdenken – und mit anderen darüber reden. Nur selten wird jedoch tiefergehend geschaut, wie Menschen auf wirtschaftliche Prozesse grundsätzlich blicken, diese verstehen und daraus Schlussfolgerungen ziehen. Während qualitative Einblicke zu politischen und gesellschaftlichen Prozessen² (sowie spezifischen politischen Maßnahmen³) bestehen, besteht für tiefergehende wirtschaftliche Debatten eine Lücke.

Wenn Projekte sich dieser Herausforderung annehmen, entwickeln sie jedoch oft spannende und wertvolle Einblicke. Durch das „Framing the Economy“-Projekt⁴ in Großbritannien konnte dargestellt werden, warum die britische Bevölkerung einerseits mit dem ökonomischen Status Quo unzufrieden war, aber die Gegennarrative der Opposition dazu in ihrer bestehenden Form nicht verfangen. Durch qualitative Forschung konnte unter anderem auch die Sprache, die Menschen benutzten, um bestimmte Sachverhalte zu beschreiben, untersucht werden. Dadurch konnten bessere Umfrageinstrumente erarbeitet werden, die die tatsächlichen Perspektiven der Bevölkerung widerspiegeln – statt das bestehende Expert*innendenken über die Bevölkerung zu replizieren.

1 Spöri, T. & Eichhorn, J. 2024. Zwischen Vision und Wirklichkeit: Die Wahrnehmung der Zeitenwende in der deutschen Bevölkerung. Berlin: d|part. Verfügbar hier: <https://www.dpart.org/de/publications/between-vision-and-reality-the-perception-of-the-zeitenwende-in-the-german-population>

2 z.B. Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. 2023. Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

3 z.B. Güttler, M., Ludwig, L., Schläger, C. & Storks, S. 2023. Mehr Umverteilung wagen. Politische Einstellungen zu Finanzpolitik, Steuern und Gerechtigkeit. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung. Verfügbar hier: <https://www.fes.de/finanzpolitik/finanzpolitische-umfrage-mehr-umverteilung-wagen>

4 NEON, NEF, FrameWorks Institute & PIRC. 2018. Framing the Economy. How to win the case for a better system. Verfügbar hier: <https://publicinterest.org.uk/project/framing-the-economy/>

Wie sprechen Menschen in Deutschland über Wirtschaftspolitik?

Mit diesem Bericht wollen wir einen Beitrag dazu leisten, besser zu beleuchten, wie Menschen sich wirtschaftspolitischen Debatten annähern und darüber ins Gespräch kommen. Damit wollen wir die bestehende Wissenslücke – im Allgemeinen und auch spezifisch für die Debatten in Deutschland - etwas verkleinern. Wir haben 12 Kleingruppeninterviews (kleine Fokusgruppen) mit jeweils vier Teilnehmenden durchgeführt. Ziel war es, zu untersuchen, wie unterschiedliche Menschen in Deutschland wirtschaftspolitische Diskussionen wahrnehmen und darüber sprechen. Die Hälfte der Gruppen fand in Bochum, die andere in Leipzig im Mai 2023 statt. Jede der 12 Gruppen war divers zusammengesetzt – nach Alter, Geschlecht, Wohnumfeld (Stadt oder Umland), Migrationshintergrund und Parteipräferenz. Zusätzlich wurde in jeweils vier Fokusgruppen pro Standort der Bildungshintergrund gemischt. Ergänzend gab es je eine Gruppe ausschließlich mit Menschen mit höherem und eine mit Menschen mit niedrigerem Bildungsabschluss.

Die kleinere Gruppengröße ermöglichte es uns, mehr Rückfragen zu stellen und tiefergehend mit jeder teilnehmenden Person zu sprechen. In der ersten Hälfte der Kleingruppeninterviews ließen wir die Teilnehmenden sehr frei über ihre Ansichten zu wirtschaftlichen Fragen sprechen, um zu untersuchen, welche Aspekte sie von sich selbst heraus ansprechen und welche Bezugspunkte sie setzen würden. Danach konfrontierten wir sie mit einer Reihe von Aussagen, die verschiedene politische Positionen zu verschiedenen Themen widerspiegeln, um zu untersuchen, wo Menschen intuitiv zustimmen oder ablehnen – und wo eventuell häufig verwendete Narrative nicht oder ganz anders verstanden werden, als das von Entscheidungsträger*innen oder Expert*innen gedacht wird.

Aufbauend auf den Erkenntnissen aus den Kleingruppeninterviews haben wir Aussagen für eine repräsentative Umfrage formuliert, durch die wir sehen können, inwiefern bestimmte Narrative in der Bevölkerung mehr oder weniger Anklang finden, wenn wir direkt danach fragen. Die Umfrage, durchgeführt im Oktober 2024 mit 1.968 Teilnehmenden, ist repräsentativ für die Bevölkerung in Deutschland im Alter zwischen 16 und 80 Jahren.⁵

⁵ Details zur empirischen Erhebung finden sich auf der Projektwebsite: <https://www.dpart.org/de/projects/oeffentliches-verstaendnis-der-wirtschaft-und-paradigmenwechsel>

2. Unzufriedenheit mit dem Status Quo ohne klare Vorstellungen eines anderen Systems

Wenn Menschen sich wirtschaftlichen Diskussionen annäherten, geschah dies nur selten im Abstrakten. Wirtschaftliche Prozesse und Strukturen wurden zunächst über die Einschätzung der aktuellen Lage und deren Einfluss auf das eigene Leben und die Gesellschaft besprochen. Dabei zeigte sich in den Kleingruppeninterviews vielfach eine sehr negative Stimmung und der Wunsch nach Veränderungen in Deutschland, es fehlte jedoch oft an der Vorstellungskraft, wie diese Veränderungen aussehen könnten.

Begriffe der Krise: Wie Menschen wirtschaftliche Herausforderungen benennen

Zu Beginn der Kleingruppeninterviews baten wir die Teilnehmenden zunächst ganz generell zu notieren, welche Begriffe ihnen in den Sinn kommen, wenn sie über die Gestaltung der aktuellen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland nachdachten. Eine Vielzahl verschiedener Dinge wurde benannt, aber erstaunlich war, dass das Thema grundsätzlich als Problem und negativ im Ton konstruiert wurde. In allen Gruppen wurden wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen stark negativ konnotiert. Besonders häufig genannte Begriffe waren:

In Bezug auf wirtschaftliche Unsicherheit:

„Wucher“, „Mangel“, „Abhängigkeit“, „Zinssteigerungen“

In Bezug auf soziale Spaltung:

„Unfair“, „Armut“, „Spaltung“, „Gesellschaftlicher Bruch“

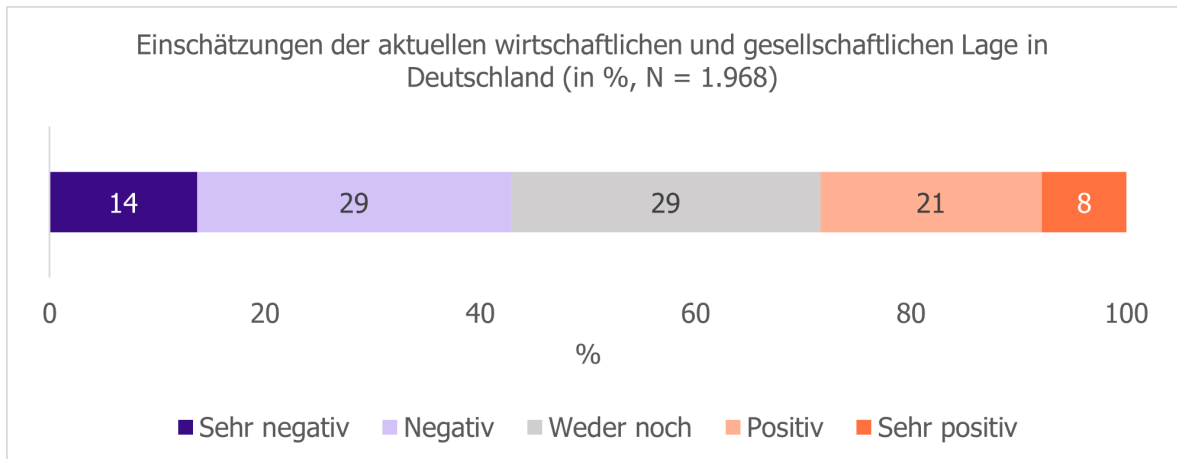
In Bezug auf Zukunftssorgen:

„Unsicherheit“, „Krise“, „Zukunftsangst“

Auch zentrale Themen der politischen Debatte wie Inflation, Krieg, Lieferengpässe, Klimawandel, Energiekrise, Firmenabwanderung, die Autobranche und der internationale Wettbewerb wurden häufig diskutiert. Doch bemerkenswert war, dass fast alle thematischen Schwerpunkte ebenfalls als Probleme präsentiert und fast durchgängig im Zusammenspiel mit den oben genannten negativen Grundeinstellungen besprochen wurden.

Diese negative Stimmung spiegelte sich auch in unserer repräsentativen Umfrage vom Oktober 2024 wider (siehe Grafik 1): 43 Prozent der Befragten bewerteten die aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage als sehr negativ oder negativ, während sie nur 29 Prozent als sehr positiv oder positiv einschätzten.

Grafik 1



Frage: „Wenn Sie generell an die allgemeine wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in Deutschland denken, wie würden Sie den aktuellen Zustand der Gesellschaft auf einer Skala von 1 (sehr negativ) bis 10 (sehr positiv) bewerten?“ Die Kategorien beruhen auf folgender Kodierung: 1-2 = „sehr negativ“, 3-4 „negativ“, 5-6 „weder noch“, 7-8 „positiv“, 9-10 „sehr positiv“.

Selbst neutral formulierte Fragen wurden intuitiv mit negativen Einschätzungen beantwortet. Diese pessimistische Perspektive lag für viele in der wahrgenommenen Verschlechterung der Lage über mehrere Jahre. Einerseits wurde die gesamtwirtschaftliche Lage als schlecht beurteilt, doch die Schärfe der Einstellungen begründete sich für viele Teilnehmende vor allem durch das Gefühl, dass ihr eigenes Leben sich verschlechtert hat. Für einige waren diese Veränderungen existenzbedrohend, vor allem für jene, die nur ein geringes Einkommen hatten und im Zuge der Energiepreiskrise und steigenden Kosten für Alltagsgüter ernste Ängste für das eigene Wohlbefinden und das ihrer Angehörigen hatten.

„In jeglichen Lagen sind die Preise sehr stark gestiegen, nehmen wir einfach mal Deos, wo man sich denkt, das ist schon der Wahnsinn, wie viel Deos jetzt mittlerweile kosten.“

Mathilde, 32 (Bochum)

Bei anderen, die finanziell besser situiert waren, gab es jedoch ebenfalls große Sorgen, die sich aber eher auf einen möglichen sozialen Abstieg hin orientierten. Wie auch in anderer Forschung aufgezeigt ist die eigene finanzielle Situation nicht unbedingt ausschlaggebend für den Grad der Sorgen über die materielle Zukunft.⁶ Die Art und Weise wie über Veränderungen gesprochen wird unterscheidet sich jedoch von Menschen in prekärer materieller Lage. Hier wird eher generell über Verschlechterungen geredet – selbst wenn man selbst gar nicht so sehr davon betroffen ist.

„Ich habe Jura studiert und mache grade noch meinen Master. Ich habe aufgeschrieben (...) Wohlstandsverlust, weil durch die Inflation in Deutschland ein gefülltes Portemonnaie von vielen Menschen immer dünner wird.“

Daniel, 30 (Leipzig)

⁶ Eilers, N., Spöri, T. & Eichhorn, J. 2024. United in a bleak outlook. Concerns, crises, and right-wing views ahead of the 2024 EU elections. Berlin: d|part. Verfügbar hier: <https://www.dpart.org/en/publications/united-in-a-bleak-outlook-concerns-crises-and-right-wing-views-ahead-of-the-2024-eu-elections-2>

Allgemeine Unzufriedenheit ohne klare Alternativen

Insofern waren Menschen aus fast allen Lebenslagen sich einig in ihrer negativen Betrachtungsweise. Zufriedenheit mit den aktuellen wirtschaftlichen Verhältnissen war gering und die Hoffnung auf positive Entwicklungen nur bei wenigen Personen präsent. Trotz dieser Unzufriedenheit konnten aber nur sehr wenige Teilnehmende formulieren, was genau sie sich an Veränderungen wünschen würden. Konkret danach gefragt wurde zwar oft der Wunsch formuliert, dass es grundsätzlich materiell besser und auch fairer zugehen sollte. Was sich aber aus ihrer jeweiligen Sicht konkret dazu ändern müsste, konnten nur wenige kohärent artikulieren. Wünsche blieben oft eher verhalten und betonten die Bestandswahrung:

Dass die Wirtschaft normal wieder wird und (...) dass es nicht immer hoch und runter geht mit den Preisen, ja, Stabilität.

Bärbel, 58 (Leipzig)

Deutlich war der Wunsch, dass Politiker*innen die Sorgen und Alltagserfahrungen der Bevölkerung stärker in wirtschaftspolitischen Entscheidungen berücksichtigen würden und dann auch proaktiv und kommunikativ einbindend vorangehen:

„[Ich wünsche mir] Politiker vom Volk für das Volk, weil ich glaube, wenn die Leute nicht aus monetären Gründen nur das alles machen, die vielen Probleme, die wir jetzt momentan vielleicht haben, sich erledigen würden, wenn die Leute wirklich für Ihre Bevölkerung das alles tun würden.“

Lisa, 33 (Leipzig)

„Ich wünsche mir eine bessere politische Führung, (...) der man gerne zuhört, wo ich auch denke, wenn die sprechen, das war jetzt genial, das hat was zu mir gesagt.“

Christian, 56 (Leipzig)

Während also die Ambition für eine andere Arbeitsweise der Politik artikuliert wurde, konnten nur wenige Teilnehmende darüber hinaus erklären, was genau dann anders bezüglich der Wirtschaftspolitik getan werden sollte.

Diese fehlende Vorstellungskraft, dass und wie die Organisation und Funktionsweise wirtschaftlicher Prozesse und Strukturen aussehen könnte, war durchgängig präsent. Größere ideologische Denkschulen oder klassische Narrative (wie beispielsweise der Klassenkampf einerseits oder die Hoffnung auf kreative Zerstörung andererseits) spielten ebenso kaum eine Rolle. Das lag auch daran, dass kaum eine teilnehmende Person zu bestimmten Politiker*innen, Vordenker*innen oder Kommentator*innen einen Bezug herstellen konnte. Es fehlte den meisten grundsätzlich das Bild einer möglichen Alternative und das Vokabular dies zu beschreiben.

Statt den Wunsch für eine bestimmte Transformation artikulieren zu können, drückten viele Teilnehmende eher eine Erschöpfung nach den zahlreichen, für sie subjektiv oft negativen, Veränderungen der letzten Jahre aus. Der stark geäußerten Unzufriedenheit mit dem Status Quo stand somit kein äquivalentes positives Bild für eine bessere Alternative gegenüber, was für viele in einem Gefühl der Ernüchterung und einem pessimistischen Blick auf die Zukunft mündete.

3. Persönliche und gesellschaftliche Konsequenzen von Wirtschaftspolitik als essenzieller Bestandteil von Bevölkerungsperspektiven

Wenn Menschen über wirtschaftliche Themen sprachen, bezogen sie diese stark auf ihr eigenes Leben. Dabei ging es jedoch nicht nur um das eigene Portemonnaie, sondern auch um Veränderungen im Lebensumfeld und in der Gemeinschaft. Neben klassischen ökonomischen Faktoren, wie Arbeitsplätzen, beschäftigten viele Menschen insbesondere die Angebote der staatlichen Daseinsfürsorge. Entsprechend verbanden viele auch größere gesellschaftliche Themen und Konflikte direkt mit wirtschaftlichen Fragestellungen, selbst wenn diese im politischen Betrieb unterschiedlichen Resorts zugeordnet würden. Bildungs- und Sicherheitspolitik waren beispielsweise keine getrennten Themen, da die Frage wie wichtige Aufgaben finanziert werden sollten beide Bereiche betraf und aus Sicht einiger Teilnehmenden ganzheitlich besprochen werden sollte.

Sorgen um die eigene materielle Situation waren in der Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt stark ausgeprägt. Die Perspektive darauf erschloss sich jedoch nicht nur aus der Einschätzung der eigenen Haushaltssituation, sondern wurde maßgeblich durch die Wahrnehmung des breiteren Lebensumfelds beeinflusst. Wenn das Gefühl bestand, dass sich die wirtschaftliche Lage am Wohnort verschlechterte, führte das selbst bei relativ gut situierten Personen zu verstärkten Sorgen über zukünftige Entwicklungen.

Ganz grundsätzlich wünschten sich viele Menschen, dass gesellschaftliche Fragen in der Wirtschaftspolitik explizit berücksichtigt würden. In allen Kleingruppeninterviews wurde stets direkt über die gesellschaftlichen Konsequenzen wirtschaftspolitischer und unternehmerischer Entscheidungen gesprochen. Eine Fokussierung auf die ökonomische Dimension allein ergab für die Teilnehmenden wenig Sinn und war fern von ihrer eigenen Lebensrealität. Die Vorstellung, dass jeder nur gewinnmaximierend an sich selbst denken sollte, stieß bei den meisten auf Ablehnung, da sie nicht überzeugt waren, dass dies der Gemeinschaft insgesamt zugutekäme.

„Sagen wir es gibt einen neuen Rohstoff, der schädlicher als Kohle, aber dafür saubillig ist, wäre das voll geil für den Wettbewerb. Alle würden sich erst mal freuen, weil sie Geld sparen. Aber dann sterben wir alle in drei Jahrzehnten an Lungenkrebs.“

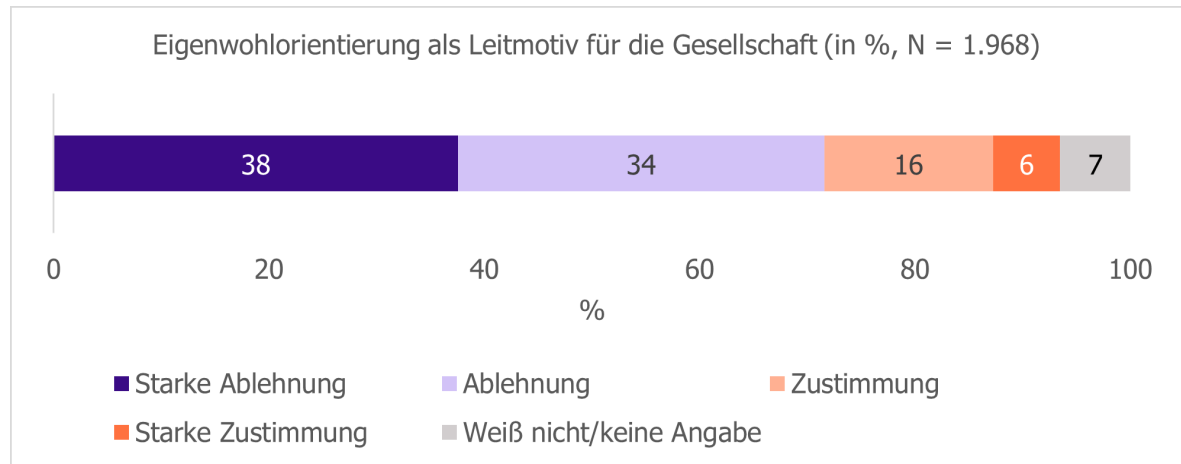
Tamara, 20 (Bochum)

„Es war noch nie in keinem Bereich gut, wenn man immer nur an sich selbst und sein eigenes Interesse verfolgt. Dann bleibt die Gesellschaft ja auf der Strecke.“

Marlene, 35 (Bochum)

Die Ergebnisse der Kleingruppeninterviews lassen sich auch durch die repräsentative Umfrage untermauern (siehe Grafik 2). Nur etwas mehr als jede fünfte Befragte stimmt der Aussage „Eine Gesellschaft funktioniert am besten, wenn jeder zuerst an sich selbst denkt“ stark zu oder eher zu. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, mit 72 Prozent, lehnt diese Aussage ab.

Grafik 2



Aussage: Wenn Sie einmal an die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland denken. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen diesbezüglich zu oder nicht zu? - Eine Gesellschaft funktioniert am besten, wenn jeder zuerst an sich selbst denkt.

Negative Entwicklungen im eigenen Umfeld prägen den wirtschaftlichen Ausblick

Insbesondere auf der lokalen Ebene spielten die Konsequenzen bestimmter Entscheidungen eine große Rolle. Dabei wurden sowohl Sorgen über das Verschwinden von Arbeitsplätzen und das Fehlen von bezahlbarem Wohnraum geäußert als auch über das Schließen von lokalen Geschäften. Im gleichen Zuge wurde das Wegfallen von Angeboten thematisiert, die zuvor nicht vom „Markt“ bereitgestellt wurden, sondern durch kommunal organisierte, staatliche Stellen oder öffentliche Träger, wie etwa das Existieren von Jugendclubs, Sportstätten oder medizinischer Versorgung. Negative Veränderungen im eigenen Umfeld, egal ob aufgrund von Entscheidungen einzelner Unternehmen oder politisch Verantwortlichen führten für viele Teilnehmende zu ihrem negativen Ausblick. So kamen bei Fragen mit einem klaren Fokus auf wirtschaftliche Veränderungen auch Aussagen wie diese vor:

„Warum dürfen unsere Schüler nicht mit den öffentlichen Verkehrsmitteln umsonst fahren, wenn sie einen Schülerschein vorzeigen? Warum unternimmt der Staat nicht zum Beispiel Sportmaßnahmen und für Vereine. Das kann Musik sein, Mathematik sein. Manche Schüler, die kommen nach der Schule nach Hause und haben keine Hobbies. Die sitzen zuhause am Handy, weil die Eltern auf der Arbeit sind. Die Eltern haben kein Geld für das und das um es zu bezahlen, das Kind hinzuschicken.“

Valentya, 54 (Leipzig)

Die Frage nach den Auswirkungen sowohl auf das eigene Leben als auch auf das der Menschen im Umfeld und insbesondere auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt wurde in diesem Kontext immer wieder diskutiert. Problematisch war, dass die daraus resultierende Frustration teils auf andere projiziert wurde, denen die Verantwortung für die Probleme zugeschrieben wurde. Sowohl in Bochum als auch in Leipzig wurde das Thema Migration wiederholt angesprochen, ohne dass es von der Moderation eingebracht worden war. Zwar gab es auch weitreichende Gegenreden anderer Teilnehmender, dennoch fiel auf, wie oft Menschen mit Migrationsgeschichten – wiederholt pauschal als „Flüchtlinge“ zusammengefasst – für Missstände verantwortlich gemacht wurden, selbst wenn es um Themen ging, bei denen ein kausaler Zusammenhang mit Migration abwegig gewesen wäre (wie die Verschlechterung der Wirtschaft). Auf die Frage nach den wichtigsten wirtschaftspolitischen Themen entgegnete eine Teilnehmerin beispielsweise:

„Einmal die ganze Flüchtlingsproblematik, da, ja, da befürchte ich einfach, dass wir im Moment ein bisschen überfordert sind.“

Melanie, 64 (Leipzig)

Wahrnehmung von Wohlstand als Nullsummenspiel

Als zentrales Grundproblem wurden von vielen Teilnehmenden zwar auch die wirtschaftlichen Verhältnisse erkannt. Dennoch wurde teils selbst von Personen, die Parteien wie CDU, SPD und FDP nahestanden, die Migrationspolitik als Lösungsansatz für bestehende Probleme benannt. Ein signifikanter Anteil der Teilnehmenden sah somit nicht alle Menschen im eigenen Lebensumfeld als Teil der Gemeinschaft an – auch wenn sie von den gleichen Problemen betroffen waren. Eine Form von Klassenidentität war kaum ausgeprägt; für einige Personen war eine nationale Identität entscheidender. Diese Teilnehmenden betrachteten wirtschaftspolitische Entscheidungen folglich als Nullsummenspiel und fanden es schwierig, Argumenten zuzustimmen, die auf die Gemeinsamkeiten aller Personen in einem bestimmten lokalen und wirtschaftlichen Umfeld abzielten. Für sie bedeutete dies, dass positive Entwicklungen für Menschen, mit denen sie sich nicht identifizierten, zwangsläufig auf ihre eigenen Kosten gehen müssten.

„Ich habe ja nichts dagegen, dass die Flüchtlinge rüberkommen, aber wenn die was brauchen innerhalb von zwei Wochen steht ein ganzes Hotel. Hier diese Flut, die war, die Politiker waren da, die haben diesen Park gezeigt, der fertig ist und alles andere wurde bis heute nicht gemacht. Und diese Anwohner, die da wohnen, die leiden heute noch darunter, das ist unbegreiflich für mich.“

Agnes, 29 (Bochum)

„Integration steht für mich ganz oben [als Thema]. Es geht darum, was man bekommt und was man nicht bekommt. Manche bekommen alles, andere gar nichts.“

Peter, 69 (Bochum)

Das häufig geäußerte Bedürfnis nach gesellschaftlichem Zusammenhalt und einer Wirtschaftspolitik, die diesen kontinuierlich mitdenkt, wurde durch die wiederholte Ausgrenzung bestimmter Mitglieder der Gemeinschaft untergraben. Das weit verbreitete Gefühl, dass sich das eigene Lebensumfeld in den letzten Jahren verschlechtert habe, führte bei manchen zu Abgrenzungstendenzen. Eine materielle Verbesserung der Lebensumstände vor Ort – die über das verfügbare Geld auf dem eigenen Konto und rein geschäftliche Angebote hinausgeht – erwies sich als essenziell, um Menschen in der Breite eine positive Perspektive und ein echtes Gemeinschaftsgefühl zu ermöglichen.

4. Ungleichheit als Problem – aber verschränkt mit dem Leistungsgedanken

Die wiederholte Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsgruppen zeigte sich auch in den Debatten über ökonomische Ungleichheit, Sozialleistungsempfänger*innen und den Leistungsgedanken. Einerseits empfanden viele Menschen die Verhältnisse in Deutschland als grundsätzlich ungerecht. Die meisten wünschten sich stärkere Korrekturen und glaubten nicht, dass arbeitende Menschen ausreichend am Wohlstand teilhätten. Gleichzeitig wurde das tatsächliche Ausmaß der Ungleichheit bei hohen Einkommen und Vermögen oft unterschätzt. Umgekehrt grenzten sich viele jedoch stark „nach unten“ ab – sowohl gegenüber Migrant*innen als auch gegenüber Sozialleistungsempfänger*innen. Letztere wurden häufig kritisch betrachtet, da ihnen unterstellt wurde, nicht dem von vielen gewünschten Leistungsgedanken zu folgen.

Wahrgenommene Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung

Viele Teilnehmende der Kleingruppeninterviews empfanden die Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland als ungerecht – ein Eindruck, der sich auch in der Umfrage bestätigte. Dennoch sah die Mehrheit wohlhabendere Personen nicht unmittelbar als Hauptproblem. Stattdessen wurden staatliche Sozialleistungen häufig kritisch betrachtet, während bei vielen das Gefühl vorherrschte, dass insbesondere die arbeitende Bevölkerung zu wenig verdiene. Weitgehende Einigkeit bestand darüber, dass niedrige Löhne ein großes Problem darstellten. Insbesondere sogenannte „Billigjobs“ wurden von vielen als problematisch beschrieben.

„Was kann man sich von Billigjobs kaufen? Nichts. Immer nur ausnutzen und ausbeuten.“

Raissa, 35 (Leipzig)

In Abgrenzung dazu, wurde oft hinterfragt, warum Menschen, die weniger zu leisten schienen, angeblich „so viel“ bekämen – ein Problem, das auch in anderen Studien auftritt⁷. Während es auch Gegenreden gab, gehörte die Leistungsfrage für viele zur Ungleichheitsfrage dazu. Unfairness wurde somit häufig nicht primär zwischen jenen empfunden, die viel oder wenig „hatten“, sondern eher zwischen jenen, die viel leisteten und jenen, die wenig leisteten. Insbesondere Menschen, die in eher niedrig bezahlten Jobs arbeiteten, sprachen oft sehr negativ über jene, die aus ihrer Sicht nichts leisteten, aber viel bekämen.

⁷ Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. 2023. Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp (S. 96ff.).

„Man sollte wenigstens mehr verdienen als das Bürgergeld ist. Eine ganze Reihe an Leuten sagt, wenn ich so und so viel Bürgergeld kriege, warum soll ich dann für dasselbe Geld arbeiten gehen.“

Nils, 26 (Bochum)

„Schlecht bezahlte Arbeit ist immer besser als keine Arbeit.“

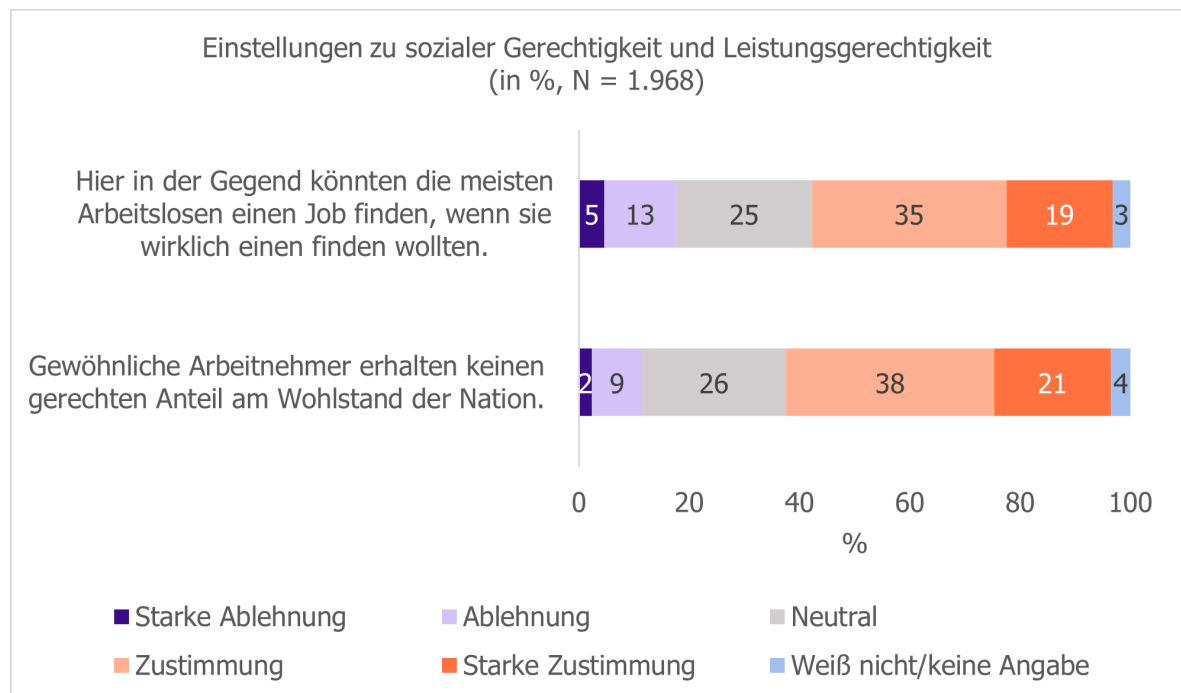
Sascha, 31 (Leipzig)

„Jemand der Jahre lang studiert hat, extrem geackert hat für seinen Job oder viele Stunden in der Industrie arbeitet, der hat in dem Moment auch einfach verdient mehr zu kriegen als die anderen.“

Nesrin, 36 (Leipzig)

Beide Einstellungsprofile sahen wir auch in der Umfrage vertreten (siehe Grafik 3). 61 Prozent stimmten der Aussage zu, dass gewöhnliche Arbeitnehmer*innen keinen gerechten Anteil am Wohlstand der Nation erhalten. Gleichzeitig stimmten 55 Prozent der Aussage zu, dass Arbeitssuchende in der Region einen Job finden können, wenn sie es wirklich wollten.

Grafik 3



Gegenüber diesen Positionen gab es auch signifikante Gegenreden. Zum einen sprachen einige Leistungsempfänger*innen über die Schwierigkeit Arbeit zu finden oder Alltagskosten zu stemmen. Andere argumentierten, dass viele staatliche Leistungen an arbeitende Menschen gezahlt werden und hinterfragten die Vorstellung, dass Leistung und bestehende Einkommen aktuell angemessen sind. Zudem wurde teils auch angebracht, dass viel mehr Wohlstand bei besonders reichen Personen angesammelt ist und das Augenmerk dorthin gelenkt werden sollte.

„Was viel mehr Leistung bedeutet, ist schwierig zu bestimmen, da unterschiedliche Leistungen in der Gesellschaft einfach unterschiedlich entlohnt werden.“

Johann, 71 (Leipzig)

„Manche gehen nach 40 Stunden Arbeit mit 1.200 € nach Hause, andere mit 9.000 €. Da gibt es einfach eine hohe Diskrepanz zwischen Aufwand und Bezahlung.“

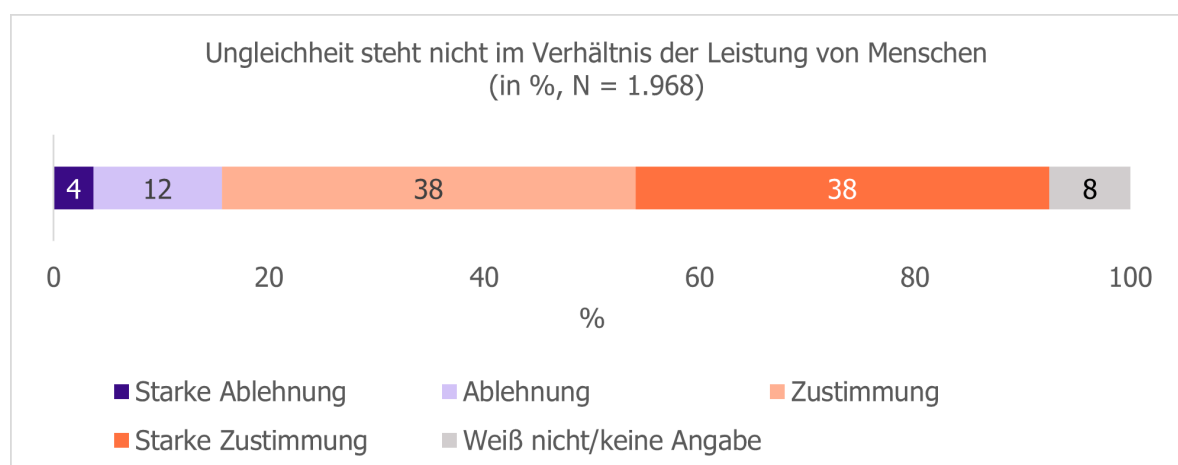
Etienne, 33 (Leipzig)

„Erbschaft beruht auf Leistung, ist richtig, aber doch nicht von dem Erben, der mit dem goldenen Löffel im Mund geboren wird. Erbschaft das ist für mich das Ungerechteste, was es überhaupt gibt.“

Dorothee, 52 (Leipzig)

Die Umfrageergebnisse bestätigen die deutlichen Tendenzen aus den Fokusgruppen (siehe Grafik 4). Rund 80 Prozent der Befragten stimmten der Aussage zu, dass das aktuelle Ungleichheitsgefälle nicht mehr im Verhältnis zur Leistung der Menschen steht.

Grafik 4



Aussage: Es gibt viele Diskussionen zur Ungleichheit in Deutschland. Bitte geben Sie für jede der folgenden Aussagen an, inwiefern Sie mit ihnen übereinstimmen oder nicht übereinstimmen? - Das Gefälle zwischen Reich und Arm in Deutschland steht heute nicht mehr im Verhältnis zur Leistung der Menschen.

Zwiegespaltene Debatte über die Vermögenssteuer

Während dadurch teils tiefergehende Diskussionen entstanden, spielte die Verbindung zwischen Leistung und Wohlstand als zwei Seiten von Fairness durchgängig eine wichtige Rolle. Grundsätzlich zeigten sich auch eine substanzielle Anzahl von Teilnehmenden offen für eine höhere Besteuerung von wohlhabenden Menschen. Dabei gab es jedoch auch Gegenreden und (aus Teilen der politischen Debatte übernommene) Sorgen, dass solche Besteuerungen negative Effekt auf die Wirtschaft, das Steueraufkommen und Aspirationen haben könnten.

„Wohlstand für alle ist gut, aber es muss auch sich Leistung ein bisschen lohnen, damit der Anreiz da ist, dass man auch überproportional was leistet.“

Christian, 56 (Leipzig)

„Wenn man reichen Menschen zum Beispiel so eine Länderei wegnehmen kann und wir bauen dann eine Kindertagesstätte darauf, finde ich es gut. Aber zu viel wegzunehmen, finde ich nicht okay.“

Esther, 20 (Bochum)

„Klar kann man an Gesetzen drehen, aber dann sagen manche, dann lasse ich mich in Holland nieder, weil ich da am wenigsten Steuern bezahle.“

Florentin, 29 (Bochum)

Ein großes Problem war, dass der Grad der Ungleichheit von vielen substanziell unterschätzt wurde – eine Erkenntnis, die auch andere Studien grundsätzlich bestätigen⁸. Die Teilnehmenden sahen fast alle einen gewissen Grad an Ungleichheit als normal und unproblematisch an, jedoch waren sie sich uneins, wie groß die Unterschiede sein sollten. Doch selbst Personen mit sehr marktliberalen Ansichten formulierten akzeptable oder wünschenswerte Niveaus an Ungleichheit, die weit unter dem tatsächlichen Level in Deutschland liegen. So sagte beispielsweise ein Teilnehmender, der sich stark dafür gemachte hatte, dass gute Leistung auch stark entlohnt wird:

„Wenn Menschen sehr viel leisten, sollen sie auch sehr gut verdienen.“

Etienne, 33 (Leipzig)

8 Busemeyer, M., Schönhage, N., Baute, S., Bellani, L. & Schwerdt, G. 2023. Eingetrübte Aussichten: Das Konstanzer Ungleichheitsbarometer belegt die Wahrnehmung zunehmender Ungleichheit. Universität Konstanz, Cluster of Excellence: The Politics of Inequality & Das Progressive Zentrum. Policy Paper No 12. Verfügbar hier: <https://www.progressives-zentrum.org/publication/deutsche-unterschaetzen-ungleiche-verteilung-von-einkommen-und-vermoegen-erheblich/>

Auf die Rückfrage wie groß angemessene Unterschiede wären antwortete er dann:

„Also sehr viel mehr, so vom dreifachen vielleicht, dass ein Arzt vielleicht das Dreifache bekommt, da gehe ich noch mit, aber das vier, fünf, sechs, achtfache, das ist schwierig.“

Etienne, 33 (Leipzig)

Einige der Teilnehmenden wiesen auf die Fehleinschätzungen hin, was teils auch zu Reflektionen bei anderen Personen führte. Dies deckt sich mit Erkenntnissen aus anderer Forschung, die aufzeigt, dass das Wissen über Ungleichheitsstrukturen mit der Einschätzung der eigenen Lage und eventuellen Maßnahmen zusammenhängt⁹.

Aktuell wird das Ungleichheitsniveau jedoch meist unterschätzt und oft Menschengruppen verantwortlich gemacht, die materiell am unteren Ende der Einkommens- und Vermögensverteilung stehen. Das grundsätzliche Gefühl, dass es unfair zugeht, wird somit nicht unbedingt auf Vermögende oder das Finanzkapital projiziert. Da bei vielen der klassische Leistungsgedanke so stark verankert ist, werden teils eher Arbeiter*innen und Sozialleistungsempfänger*innen gegeneinander ausgespielt, als das darüber gesprochen wird, was Personen leisten, die beispielsweise ihr Einkommen nur passiv aus bestehendem Vermögen beziehen.

9 Zandonella, M. & Schönherr, D. 2023. Umverteilung – So denken die Vielen. Steuer-, arbeitsmarkt- & sozialpolitische Vorhaben aus Sicht der Bevölkerung. Wien: SORA – Institute for Social Research and Consulting. Verfügbar hier: <https://www.momentum-institut.at/wp-content/uploads/2024/09/umverteilung-so-denken-die-vielen-sora-momentum-institut-marz-2023.pdf>

5. Große Erwartungen an einen proaktiven Staat, aber wenig Vertrauen in ihn

Ein zentraler Grund für den weit verbreiteten Pessimismus in der Bevölkerung hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Deutschlands war das Gefühl, dass der Staat und politische Entscheidungstragende keine positiven Veränderungen bewirken konnten oder wollten. Diese Ernüchterung war besonders gravierend, da die meisten Menschen grundsätzlich eine wichtige Rolle des Staates in der Organisation wirtschaftlicher Prozesse sahen. Zwar erkannten viele auch die große Verantwortung der privatwirtschaftlichen Unternehmen an und wünschten sich einen funktionierenden Markt, aber die wenigsten glaubten, dass dies ohne einen aktiven Staat gut gelingen konnte. Besonders im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gegenüber internationalen Konzernen und des Landes gegenüber wirtschaftlich starken Ländern wünschten sich viele einen starken Staat – der in den Kleingruppeninterviews jedoch als eher schwach eingeschätzt wurde.

Skepsis gegenüber der Handlungsfähigkeit des Staates und reinem Marktdenken

Fast alle Teilnehmenden äußerten die klare Erwartung, dass der Staat wirtschaftliche Prozesse proaktiv mitgestaltet. Nur sehr wenige teilten „Trickle Down“-Ansichten und glaubten, dass Wohlstand sich auf alle ganz automatisch verteilt, wenn der Markt einfach frei sein könnte. Wachstum als Selbstzweck wurde von einigen kritisch hinterfragt.

„Wir sehen ja, wie es läuft, wir müssen ja nicht unbedingt immer Wachstum haben, weil Wachstum geht immer auf Kosten von jemandem.“

Julian, 43 (Bochum)

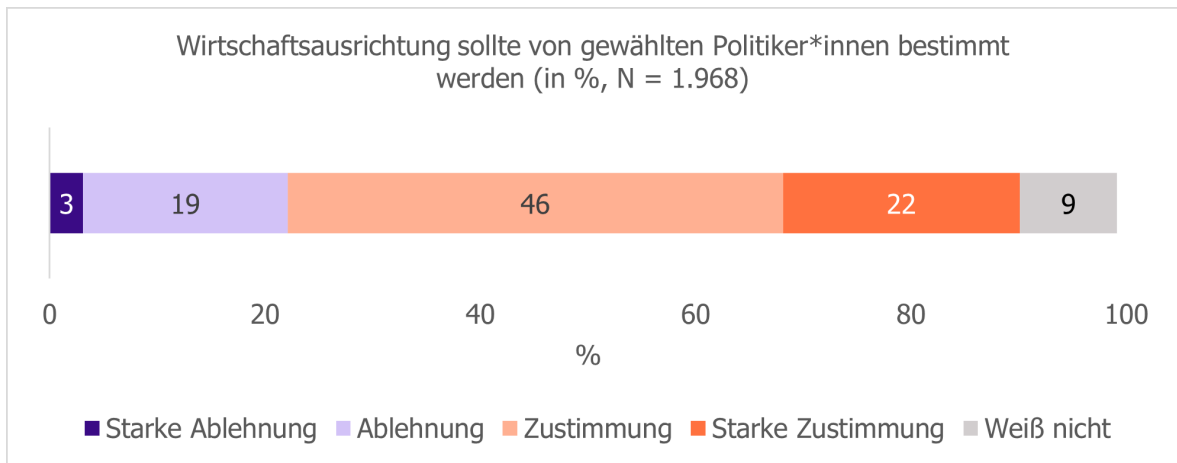
Für die meisten war es klar, dass die Grundrichtung wirtschaftlicher Entwicklung durch gewählte Politiker*innen entschieden werden sollte. Gleiches gilt für die Bevölkerung als Ganzes.

„Wohin es im Großen und Ganzen wirtschaftlich geht, sollte von der Gesellschaft bestimmt werden und nicht vom Markt allein, wir leben schließlich in einer Demokratie.“

Daniel, 30 (Leipzig)

Die zuletzt genannte Aussage wurde – in leicht angepasster Form – auch in der Umfrage abgefragt. Die Ergebnisse bestätigen erneut die Erkenntnisse aus den Fokusgruppen (siehe Grafik 5). Rund zwei Drittel der Befragten stimmten der Aussage zu, davon 22 Prozent sogar mit starker Zustimmung.

Grafik 5



Aussage: Es gibt viele Diskussionen zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland. Bitte geben Sie für jede der folgenden Aussagen an, inwiefern Sie mit ihnen übereinstimmen oder nicht übereinstimmen? - Wohin es im Großen und Ganzen wirtschaftlich geht, sollte von der Gesellschaft und ihren demokratisch gewählten Volksvertretern bestimmt werden, nicht vom Markt allein.

Selbst Teilnehmende, die grundsätzlich eine positive Einstellung zur Marktwirtschaft und dem Kapitalismus hatten, äußerten klare Erwartungen an Maßnahmen, die der Staat treffen sollte, um Unternehmen zu befähigen, erfolgreich zu sein. Dazu gehörten insbesondere die Unterstützung von Firmen, um im globalen Wettbewerb zu bestehen, eine proaktive Industriepolitik, die Schaffung notwendiger Infrastruktur und eine Verbesserung des Bildungssystems. Über zwölf Gruppen hinweg gab es nur zwei Teilnehmende, die sich für eine volle Marktorientierung aussprachen, in der der klassische Nachtwächterstaat nur die Grundrahmenbedingungen (wie Rechtssicherheit, Privateigentumsschutz, etc.) organisierte. Die große Mehrheit wünschte sich eine aktivere Rolle des Staates.

„Unternehmen stehen im Konkurrenzkampf, die schauen auf Profit und sind manchmal sehr kurzsichtig. Die können es [in Bezug auf große Herausforderungen] nicht alleine machen.“

Melanie, 64 (Leipzig)

Breite Zustimmung zu staatlichem Handeln – Uneinigkeit über das richtige Maß

Beim Umfang der Aufgaben, die der Staat übernehmen sollte, gab es jedoch große Unterschiede in den Ansichten, die oft auch die parteipolitischen Präferenzen widerspiegeln. Konsens herrschte bei den meisten in Bezug auf eine proaktive Industriepolitik, die Stärkung der Verkehrsinfrastruktur und Verbesserungen im Bildungsbereich. Auch bei Fragen zur Gesundheitsvorsorge, die mehrfach in diesem Kontext von Teilnehmenden angesprochen wurden, stimmten die meisten zu, dass der Staat Verantwortung trägt. Es gab jedoch Unterschiede bei der Frage, ob Politiker*innen entscheiden sollten, welche Industriezweige gestärkt werden, was insbesondere in Bezug auf klima- und energiepolitische Fragen teils kontrovers diskutiert wurde. Für viele stellte der Staat zwar ein wichtiges Korrektiv dar, doch gingen viele primär davon aus, dass Innovation und Wachstum vor allem durch privatwirtschaftliche Aktivitäten geschaffen werden. Das Konzept des unternehmerischen Staates

(Entrepreneurial State)¹⁰, der gemeinsam mit Unternehmen für wirtschaftliche Entwicklung sorgt, war bisher kaum durchgedrungen. Es dominierte das Bild vom Staat, der in wirtschaftliche Prozesse eingreift, aber nicht selbst Bestandteil davon ist.

Außerdem gab es unterschiedliche Ansichten inwiefern der Staat vor Ort bestimmte soziale und kulturelle Leistungen für alle bereitstellen sollte und wie weit das soziale Sicherungsnetz für Menschen, insbesondere bei Arbeitslosigkeit, gespannt werden sollte.

„Keine Vorgaben des Staates wären Quatsch. Es braucht Leitlinien, aber kein Zwang. Wenn man die Industrie zu sehr zu etwas zwingt, wird ja dadurch bestimmt, was die beste [technologische] Alternative zu sein scheint.“

Rebekka, 23 (Leipzig)

Die beiden Aussagen aus den Kleingruppeninterviews verdeutlichen, wie unterschiedlich Menschen in Deutschland zu diesem Thema stehen. Die Umfrageergebnisse (siehe Grafik 6) fügen sich gut in dieses Bild: 42 Prozent der Befragten lehnten die Aussage ab, dass der Staat nur in Notfällen unterstützen sollte, während 52 Prozent ihr zustimmten:

„Ich finde es zu wenig, wenn der Staat den Menschen nur in ganz besonderen Notfällen hilft. Er hat mehr Verantwortung als das.“

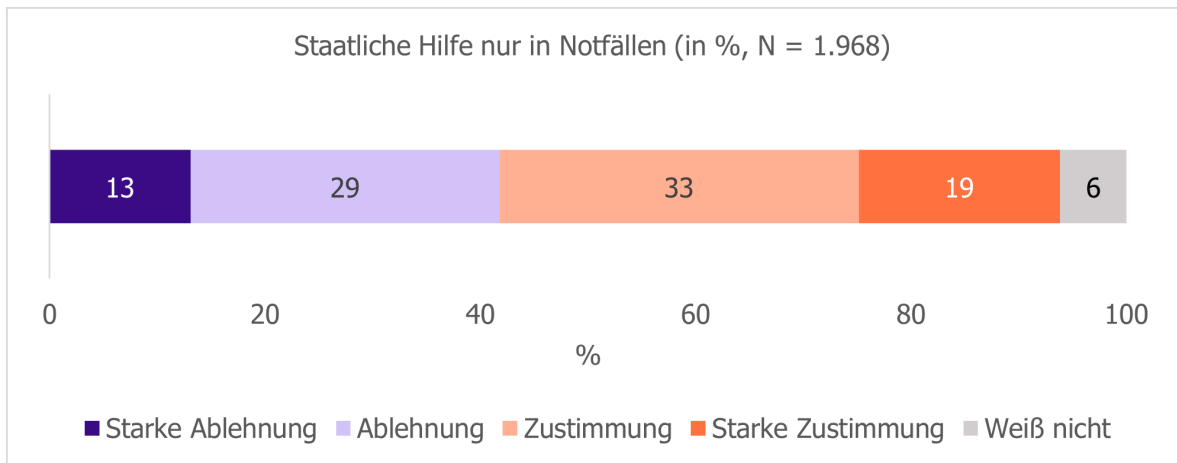
Lisa, 33 (Leipzig)

„Außer meiner Sicht muss der Staat nicht für alle aufkommen, vor allem die, die nicht arbeiten wollen.“

Andreas, 43 (Bochum)

¹⁰ Mazzucato, M. 2013. The entrepreneurial state: debunking public vs. private sector myths. London & New York: Anthem Press.

Grafik 6



Aussage: Es gibt viele Diskussionen über die Rolle des Staates in Deutschland. Bitte geben Sie für jede der folgenden Aussagen an, inwiefern Sie mit ihnen übereinstimmen oder nicht übereinstimmen? - Jeder ist seines Glückes Schmied. Der Staat sollte Menschen nur in Notfällen helfen.

Weitgehende Einigkeit bestand hingegen bei der Frage wie gut der Staat ist, diese Zielsetzungen zu erreichen. Viele brachten hier eine große Enttäuschung und teilweise auch starken Ärger zum Ausdruck. Neben der Wahrnehmung, dass die Entscheidungen der letzten Jahre zu einer Verschlechterung der eigenen Lebensumstände und der Umgebung bewirkt hatten, war auch kaum Hoffnung auf eine Veränderung zu hören. Das lag vor allem daran, dass viele das Gefühl hatten, dass Deutschland in zweierlei Hinsicht abhängig von externen Akteuren war und dadurch seine vormalige Wirtschaftsstärke und Innovationskraft verloren hatte.

„Wir sind auf wenigen Gebieten eigentlich noch Topführer. Ich glaube, insgesamt in der Digitalisierung tut sich gerade Deutschland sehr, sehr schwer.“

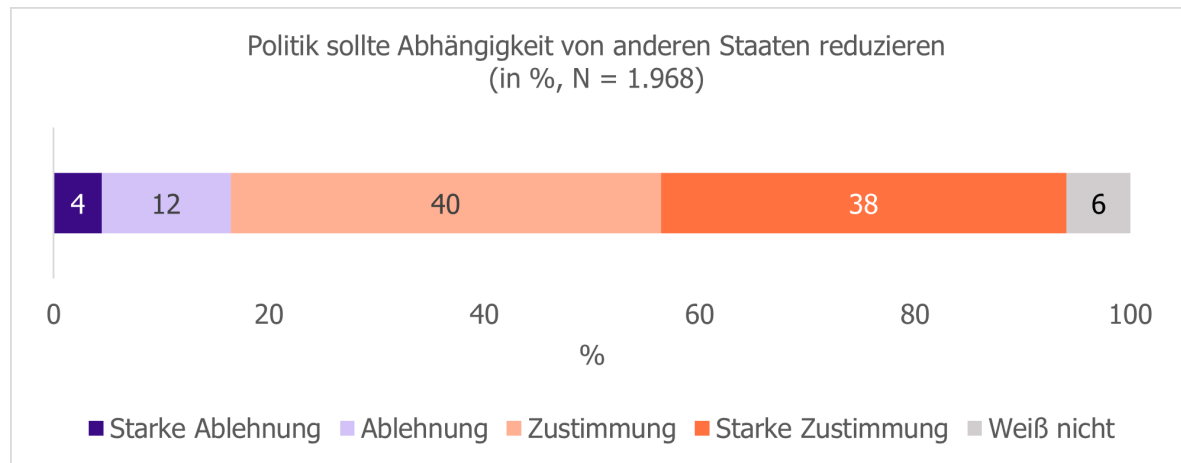
Daniel, 30 (Leipzig)

„Ich finde es bedenklich, dass wir uns wirtschaftlich sehr von anderen Ländern abhängig machen. Die können uns dann die Kosten und Bedingungen vorschreiben, bei Medikamenten zum Beispiel.“

Julia, 40 (Leipzig)

Im Kontext der Globalisierungsdiskussion wurde den Befragten die Frage gestellt, ob Politiker*innen darauf hinwirken sollten, die Abhängigkeit von anderen Staaten zu verringern und strategisch wichtige Produktionen nach Deutschland zurückzuholen. Eine deutliche Mehrheit von 78 % stimmte dieser Aussage zu (Grafik 7).

Grafik 7



Aussage: In den vergangenen Jahrzehnten ist die Globalisierung von Wirtschaft und Finanzen stark vorangeschritten. Grenzen wurden geöffnet, nationale Kontrollen und Handelsbarrieren etwa für Billigprodukte aus Asien abgebaut. Auch sind viele Normen vereinheitlicht worden, während große Konzerne immer globaler handeln und Finanzgeschäfte in Sekundenschnelle rund um den Globus getätigt werden können. Dafür haben einzelne Regierungen an Einflussmöglichkeit verloren. Inwieweit stimmen Sie diesbezüglich den folgenden Aussagen zu oder nicht zu? - Politiker sollten dafür sorgen, dass das Land weniger abhängig von anderen Staaten ist und strategisch wichtige Produktionen ins Inland geholt werden.

Zudem wurde oft das Gefühl geäußert, dass der Staat abhängig von internationalen Konzernen sei, denen er wenig gegenüber ausrichtete. Das widersprach dem Wunsch nach aktiver Gestaltung der wirtschaftlichen Prozesse, die von vielen zuvor geäußert wurden. Zusätzlich sahen viele eine hohe Abhängigkeit von anderen Ländern, insbesondere China, aber auch den USA. Von einigen wurden die protektionistischen Maßnahmen dieser Länder betont, während andere die Probleme bei wegbrechenden Lieferketten ansprachen. Einige Teilnehmende hatten zwar die Zuversicht, dass Deutschland in der Lage wäre sich stärker und besser gegenüber internationalen Großkonzernen und anderen Ländern zu positionieren, aber kaum jemand fand, dass die Regierenden aktuell in ihrem Interesse agierten.

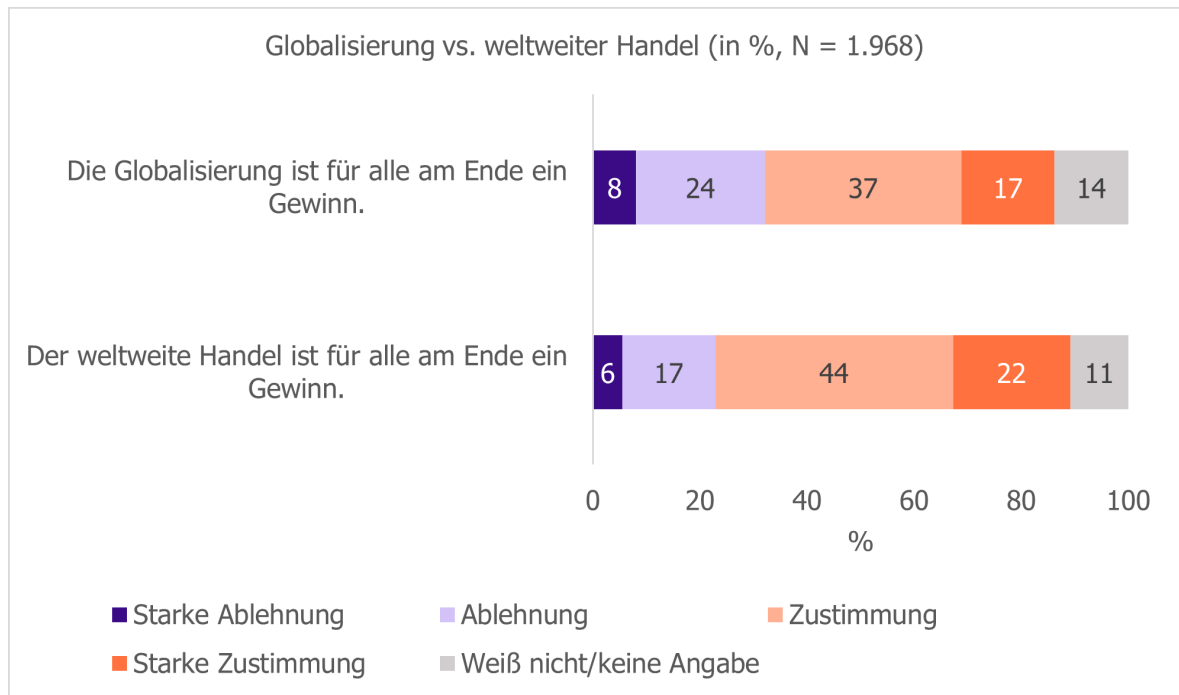
„Politik wird nicht für uns gemacht, sondern für die großen Lobbys und Konzerne.“

Robert, 37 (Leipzig)

Grundsätzlich sahen nur wenige die Globalisierung als Ganzes durchweg positiv an. Während Handel von vielen als prinzipiell gut für Deutschland betrachtet wurde, wurden zahlreiche Probleme einer ungesteuerten Globalisierung benannt. So schauen auch die Deutschen insgesamt positiver auf Aussagen zu internationalem Handel als zur Globalisierung insgesamt. Daher ist auch die Enttäuschung so groß, dass der Wunsch nach einem starken Staat, der nach außen und innen die wirtschaftlichen Prozesse aktiv gestaltet, aus Sicht vieler nicht verwirklicht wird.

Mithilfe eines kleinen Survey-Experiments wurde dieser Unterschied in der Wahrnehmung von Globalisierung vs. weltweitem Handel untersucht. Dabei wurden den Befragten zufällig eine der untenstehenden Aussagen vorgelegt (siehe Grafik 8). Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass der Begriff „Globalisierung“ negativer besetzt ist: Die entsprechende Aussage wurde häufiger abgelehnt (32 % vs. 23 %) und erhielt zugleich weniger Zustimmung (54 % vs. 66 %) als die Aussage zu „weltweitem Handel“.

Grafik 8



Aussage: Es gibt viele Diskussionen über die Globalisierung. Bitte geben Sie für jede der folgenden Aussagen an, inwiefern Sie mit ihnen übereinstimmen oder nicht übereinstimmen?
Jeweils der Hälfte der Befragten wurde zufällig eine der beiden Aussagen vorgelegt.

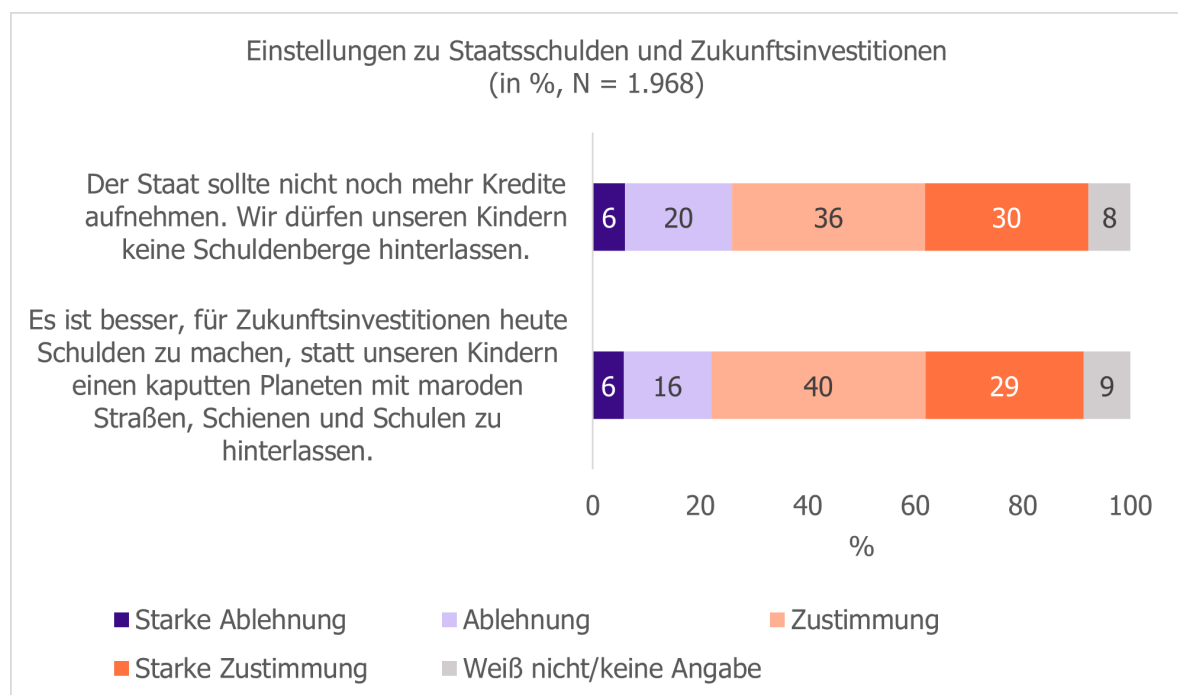
6. Staatsfinanzen und Finanzwirtschaft: abstrakt und nur schwer greifbar

Diskussionen darüber, wie der Staat seine Aufgaben finanzieren könnte, fanden viele Menschen schwierig. Einerseits gab es ein latentes Gefühl, dass mehr möglich sein sollte, als es dominante Erklärungen, die Staatsschulden ablehnen, suggerierten. Andererseits war das Wissen darüber, wie Staatsfinanzen funktionieren, nur gering ausgeprägt, wodurch orthodoxe Sichtweisen auch in Diskussionen präsent blieben, selbst wenn sie scheinbar im Widerspruch zu anderen Präferenzen standen. Ebenfalls war das Wissen über die Arbeitsweise privater Finanzakteure kaum vorhanden. Obwohl eine gewisse Skepsis gegenüber der Finanzwelt bestand, erschien diese für viele so weit weg, dass Narrative gegen destruktive Spekulation bisher nur begrenzt verfangen konnten.

Einstellungen zu Staatsschulden und Investitionen sind kontextabhängig

Der Blick auf Staatsfinanzen vieler Menschen in Deutschland erscheint auf den ersten Blick widersprüchlich. Einerseits stimmten knapp zwei Drittel dem bekannten Narrativ zu, dass der Staat keine neuen Schulden aufnehmen sollte, um der nächsten Generation keine Schuldenberge zu hinterlassen. Andererseits sagten aber ebenso viele, dass der Staat sich Geld leihen sollte, wenn es für Investitionen in die Zukunft genutzt wird, damit die nächste Generation beispielsweise bessere Schulen und eine funktionierende Infrastruktur hat (siehe Grafik 9). 44 Prozent stimmten beiden Aussagen zu, wenn sie jeweils damit konfrontiert wurden¹¹.

Grafik 9



¹¹ Siehe dazu das d|part-Kurzbriefing „Schuldenstopp oder staatliche Investitionen?“ (2025). Abrufbar unter: http://wordpress.dpart.org/wp-content/uploads/2025/01/Schuldenstopp-oder-staatliche-Investitionen_Kurzbericht2025.pdf

Auch in den Kleingruppeninterviews wurde deutlich, dass viele grundsätzlich Staatsschulden negativ sahen. Die von Politiker*innen häufig verwendete Haushaltsanalogie, dass man nicht mehr ausgeben kann, als man hat, wurde oft wiedergegeben. Daraus jedoch zu schließen, dass Menschen daher grundsätzlich Staatsschulden ablehnten, wäre ein großer Fehler. Was theoretisch widersprüchlich erscheint muss subjektiv keinen Widerspruch darstellen. Tatsächlich war die generelle Aversion gegenüber Staatsschulden oft eine Grundeinstellung, die aus dominanten Erzählungen übernommen wurde, jedoch nicht unbedingt eine Ansicht bezüglich konkreter politischer Maßnahmen.

„Es wäre gut, wenn wir nicht noch mehr neue Schulden aufnehmen. Wenn es zukunftsträchtig wäre gern, aber unser Staatshaushalt beinhaltet mehr als 60% für Soziales. Damit finanzieren wir nicht die Zukunft, sondern die Gegenwart. (...) Es ist natürlich aber auch wahr, dass man in bestimmten Situationen Schulden machen muss, um halt dann irgendwie in der Zukunftstechnologie voran zu bleiben.“

Sascha, 31 (Leipzig)

Wenn konkret über Investitionen in beispielsweise Bildung, Infrastruktur oder Industriepolitik gesprochen wurde, waren mehr Leute bereit Schulden als notwendig in Betracht zu ziehen. Das Problem war, dass intuitiv Geld als sehr begrenzt verstanden und die vielfältigen Möglichkeiten der Staatsfinanzierung den meisten Teilnehmenden nicht bekannt waren. In mehreren Gruppen brachten jedoch Personen das Argument an, dass die Erfahrungen der Covid-19-Pandemie und der „Zeitenwende“ als Antwort auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine gezeigt hätten, dass Mittel umfangreicher bereitgestellt werden können als gedacht.

Während solche Interventionen andere Teilnehmende zum Nachdenken über die eigenen Annahmen bezüglich der Grenzen von Staatsfinanzierung anregten, konnten diese Überlegungen in der Konsequenz meist nicht zu Ende entwickelt werden. Den meisten Personen fehlte schlicht das Wissen oder Vokabular, um zu artikulieren, warum das Grundgefühl, dass mehr möglich sei, als es die Erzählung vom Staat als Haushalt suggeriert, stimmt und welche Konsequenzen das hätte.

Zwischen Misstrauen und Unwissen: Auseinandersetzung mit Finanzthemen für viele schwierig

Noch geringer war oft das Wissen zu privaten Finanzmärkten ausgeprägt. Mehrere Teilnehmende sprachen zwar über eigene Sparanlagen und Investments, für viele war die Thematik jedoch schwer zu fassen.

„Wenn man über Jahrzehnte schlau in Aktien investiert, dann hat man am Ende des Berufslebens eine erschwingliche Rente. Das kann deutlich mehr sein als die gesetzliche Rente.“

Sascha, 31 (Leipzig)

„Ich würde jetzt nicht in Aktien investieren, um später meine Rente zu sichern, weil ich gar keine Ahnung davon habe.“

Sabine, 46 (Bochum)

Auch bei jenen, die Aktieninvestments persönlich positiv gegenüberstanden erwuchs da heraus jedoch kein ganzheitliches Verständnis zum Finanzsystem. Zwar äußerten mehrere Personen das Gefühl, dass „das Treiben an den Börsen“ problematisch sei:

„Für mich haben Aktien nur einen fiktiven Wert. Das ist nur eine Momentaufnahme und hat oft wenig mit der Realität zu tun.“

Melanie, 64 (Leipzig)

Warum die Lücke zwischen Finanzwelt und Realwirtschaft aber ein Problem sein könnte, konnten nur wenige beginnen näher zu artikulieren. Grundsätzlich bestand bei den meisten Teilnehmenden das Empfinden, dass „die Finanzwelt“ sehr weit weg vom eigenen Leben war.

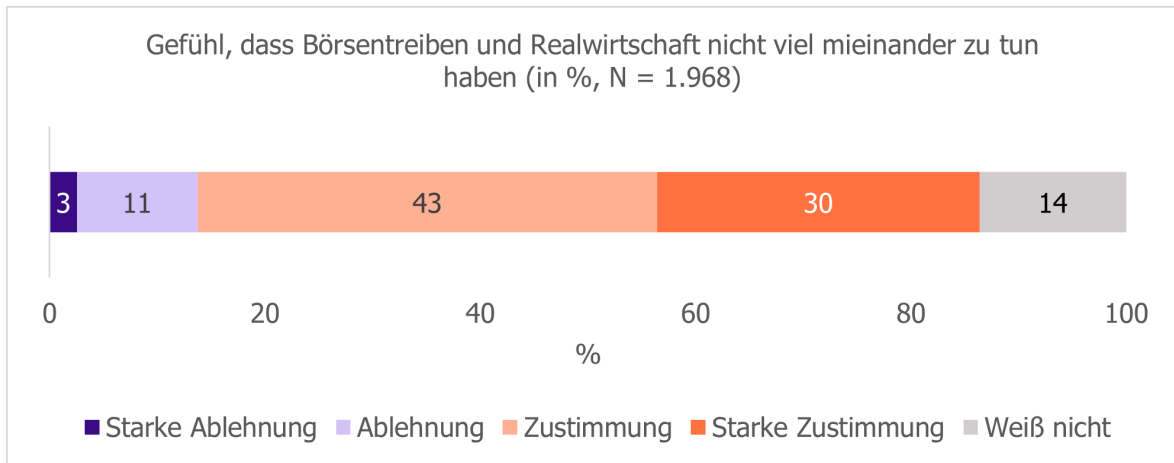
Daher wurde auch Aussagen, die sich kritisch mit spekulativem Finanzkapital auseinandersetzten, nur begrenzt zugestimmt. Oft fanden Teilnehmende, dass sie sich keine Meinung dazu bilden konnten, weil sie sie nicht verstanden. Während einige andere sich kritisch äußerten, fanden eine Reihe von Teilnehmenden, dass Kritik am Finanzsektor nicht gerechtfertigt sei. Das war oft in der Betrachtungsweise begründet, die ganz anders war, als jene, die zivilgesellschaftliche Akteure, Medien oder Politiker*innen insinuierten, wenn sie über diesen Bereich sprechen. Bei „Banken“ dachten viele nicht an die große Finanzwelt, sondern ihre spezifische Bank – oft eine Sparkasse – und konkret, die Filiale, die sie nutzen. Daher wurden Fragen, ob Banken zu viel spekulieren oft nicht bejaht, da man sich in der eigenen Filiale gut beraten gefühlt hat.

„Es kommt halt drauf an, welchen Bankberater man hat. Meine betreut mich jetzt seit meiner Pubertät, die hat uns sehr viel geholfen. Für sie lege ich meine Hand ins Feuer.“

Agnes, 29 (Bochum)

Ganz allgemein abgefragt und ohne lokalen Kontext zeigt sich eine deutliche Skepsis gegenüber der Finanzwirtschaft und dem Börsenhandel: 73 Prozent der Befragten finden, dass der Bezug zur Realwirtschaft nur begrenzt vorhanden ist. Die vergleichsweise große Anzahl an Unentschiedenen unterstreicht, dass viele das Thema nicht klar einschätzen können.

Grafik 10



Aussage: Es gibt viele Diskussionen zu Banken, Aktien und der Börse in Deutschland. Bitte geben Sie für jede der folgenden Aussagen an, inwiefern Sie mit ihnen übereinstimmen oder nicht übereinstimmen? - Das Treiben an der Börse hat mit der Wirklichkeit normaler Unternehmen und Menschen nicht mehr viel zu tun.

Tatsächlich glitten Gespräche über das Finanzwesen schnell auf die lokale und eigene Ebene ab. Während globale Konzerne und Börsen weit weg erschienen, wurden teils eher Zinsraten und Serviceleistungen verschiedener Institute und Filialen im Umfeld verglichen. Welche unterschiedlichen Rollen verschiedene Finanzinstitutionen für die Realwirtschaft spielen, inwiefern Finanz- und Produktivkapital unterschiedlich besteuert werden oder wie groß der Umfang von spekulativen Finanztransaktionen ist, wurde so gut wie gar nicht thematisiert.

Das grundlegende Gefühl, dass Staatsschulden etwas Negatives seien, ist bei vielen Menschen präsent, aber vor allem Ausdruck eines fehlenden Verständnisses zu Staatsfinanzen. Schulden werden von vielen als akzeptabel angesehen, wenn sie für Zukunftsinvestitionen genutzt werden und teils gibt es auch Skepsis gegenüber klassischen Erzählungen, die Finanzierungsoptionen des Staates als sehr begrenzt ansehen. Doch das fehlende Vokabular und die fehlende Greifbarkeit alternativer Erzählungen bedeutet, dass sich kein alternatives Verständnis etabliert. Das wird noch deutlicher bei privaten Finanzakteuren, deren Funktionalisieren als weit entfernt vom eigenen Leben empfunden wird und daher bei den meisten nur wenig Bezugspunkte für eine konkrete Auseinandersetzung oder Kritik hält.

7. Schlussfolgerungen: Spannungen und Konsequenzen

Unsere Forschung zeigt deutlich auf, dass Menschen in Deutschland über wirtschaftliche Themen in komplexer Weise miteinander reden. Dabei unterscheidet sich ihre Herangehensweise jedoch teils deutlich von dominanten Erzählungen in politischen, zivilgesellschaftlichen, wissenschaftlichen oder medialen Zirkeln. Viele Menschen nähern sich Diskussionen über wirtschaftspolitische Themen oft aus einer persönlichen Perspektive, die jedoch auch die breitere Gemeinschaft berücksichtigt und weit über rein ökonomische Aspekte hinausgeht. Um mit Menschen in den Dialog über wirtschaftspolitische Maßnahmen zu treten und zu verstehen wie sich bestimmte Entscheidungen nicht nur auf den Kontostand, sondern auch die Wahrnehmungen von verschiedenen Personengruppen in Deutschland auswirken, sind detaillierte Untersuchungen unabdingbar. Diese Analyse bringt fünf Kernerkenntnisse hervor, die alle ein Spannungsfeld in den Bevölkerungsperspektiven zu wirtschaftspolitischen Debatten aufzeigen.

Spannungsfeld 1: Die Menschen sind mit dem Status Quo sehr unzufrieden, können aber nur begrenzt artikulieren, wie genau eine umfangreiche Verbesserung aussehen würde.

Die Herausforderungen der letzten Jahre haben Spuren bei vielen Menschen in Deutschland hinterlassen. Nach der Covid-19-Pandemie und gestiegenen Lebenshaltungskosten in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine empfinden viele, dass sich ihre materielle Situation verschlechtert hat. Die meisten Menschen, auch jene die gut situiert sind, äußern oft Sorgen über ihre Zukunft – und die zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklungen generell. Während sie zu bestimmten Aspekten Änderungswünsche artikulieren können, fällt es den meisten Personen schwer, eine kohärente und alternative Herangehensweise zur Verbesserung des bestehenden Status Quo zu formulieren, die sie unterstützenswert fänden. Die Vorstellungskraft für strukturell tiefgreifende Veränderungen fehlt fast allen. Nur wenige kennen alternative Narrative, die aus ihrer Sicht ein substanziell verbessertes System widerspiegeln.

Spannungsfeld 2: Die gesellschaftlichen Konsequenzen von Wirtschaftspolitik sind zentral für das Denken vieler Menschen. Da viele aber von einem Nullsummenspiel ausgehen, werden bestimmte Gruppen von der Gemeinschaft häufig ausgegrenzt.

Nur die wenigsten Menschen glauben, dass es reicht, wenn jeder seinem eigenen Profitinteresse nachgehen kann, um eine gute Gesellschaft zu realisieren. Fast alle finden, dass die gesellschaftlichen Konsequenzen von Wirtschaftspolitik mitgedacht werden müssen. Wirtschaftsfragen werden nicht nur aus Sicht des eigenen Kontos betrachtet, sondern auch auf Grundlage der Umstände und Lebensqualität in der Gemeinschaft. Wer Bestandteil dieser Gemeinschaft ist, ist jedoch nicht für alle eindeutig. Verschlechterungen in Umständen erzeugen bei vielen das Gefühl eines „Nullsummenspiels“, indem die Unterstützung von anderen mit der eigenen Benachteiligung assoziiert wird. Daraus entstehen teils problematische Ab- und Ausgrenzungen – auch gegenüber Personengruppen, die ähnliche materielle Probleme wie man selbst haben. Hierbei wurden vor allem Geflüchtete, die häufig pauschal als Migrant*innen verstanden wurden, und Empfänger*innen von Bürgergeld oder anderen Sozialleistungen genannt.

Spannungsfeld 3: Ungleichheit wird als großes Problem gesehen aber mit einer starken Leistungsorientierung verknüpft. Der Grad und die Struktur von Ungleichheit werden jedoch nur bedingt verstanden, weswegen eher nach „unten“ abgegrenzt wird.

Viele Menschen empfinden die Wohlstandsverteilung in Deutschland als nicht gerecht. Dieses Ungerechtigkeitsempfinden wird jedoch von vielen direkt mit einem starken Leistungsgedanken verbunden: Geleistete Arbeit auf der einen Seite und Entlohnung auf der anderen stehen für viele nicht im richtigen Verhältnis zueinander. Deswegen werden häufig Transferleistungen eher undifferenziert als unfair wahrgenommen, vor allem im Vergleich zu Löhnen in schlecht bezahlten Arbeitsmarktbereichen. Zwar besteht teilweise auch das Gefühl, dass zu viel Reichtum an anderer Stelle in der Hand weniger Menschen konzentriert ist, aber das Ausmaß dieser Ungleichheit wird stark unterschätzt. Maßnahmen zur Bekämpfung von Wohlstandsungleichheit finden mehr Anklang, wenn dieses Missverständnis angesprochen wird, werden aber eher vorsichtig erörtert.

Spannungsfeld 4: Die Menschen erwarten, dass ein proaktiver Staat deutsche Unternehmen stärkt und problematische Entwicklungen korrigiert. Das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates dies zu tun ist insbesondere in Anbetracht globaler Herausforderungen gering.

Kaum jemand denkt in simplen Mustern wie „mehr oder weniger Staat“ über alle Themen hinweg. Stattdessen wird die Rolle des Staates differenziert nach Tätigkeit eingeschätzt. Deutsche Unternehmen werden größtenteils als positive Akteure betrachtet, die zum gesellschaftlichen Wohlstand einen wichtigen Beitrag leisten. Aber kaum jemand glaubt daran, dass der Staat sich komplett aus dem Marktgeschehen raushalten sollte. Gerade bei Fragen zu Industriepolitik, Infrastruktur und Bildung sehen die meisten Menschen eine hohe Verantwortung beim Staat wirtschaftliche Prozesse aktiv mitzugestalten. Unterschiedliche Ansichten gibt es bei der Frage des Umfangs staatlichen Engagements, insbesondere, wenn es um Fragen der sozialen Sicherung und Daseinsfürsorge geht. Doch auch, damit deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb bestehen können, wünschen sich viele ein starkes Engagement des Staates, sehen gleichzeitig jedoch Innovationskraft vor allem bei privaten Firmen. Doch es besteht nur wenig Vertrauen in die Fähigkeit und den Willen politischer Institutionen diese Ziele zu verfolgen, da Deutschland sowohl von internationalen Konzernen als auch wirtschaftlich starken Ländern als sehr abhängig wahrgenommen wird.

Spannungsfeld 5: Grundsätzlich besteht bei vielen das Gefühl, dass Staatsfinanzen anders organisiert werden könnten und Finanzkapital nicht genug dem Allgemeinwohl dient, aber aufgrund fehlender Verständnisse sind die Themen für die meisten Menschen nicht zugänglich.

Intuitiv replizieren viele Menschen klassische Narrative zu Finanzfragen und sehen beispielsweise Staatsschulden prinzipiell als eher negativ an. Wenn Schulden jedoch mit dem Ziel von Zukunftsinvestitionen verknüpft werden, stimmt eine Mehrheit ihnen zu. Fragen zu Staatsfinanzen werden also nicht im Abstrakten diskutiert, sondern im jeweils konkreten Kontext. Aufgrund der Erfahrungen in der Covid-19-Pandemie und des Sondervermögens im Rahmen der Zeitenwende besteht bei einigen ein Grundgefühl, dass die klassische Haushaltsanalogie von einem eng beschränkten Budget so nicht auf den Staat zutrifft. Durch fehlendes Wissen und Vokabular können aber nur wenige diese Bedenken klar artikulieren. Das gilt im noch stärkeren Ausmaß für das private Finanzwesen. Während jene, die selbst an Börsen investieren, etwas positiver darauf schauen als andere, sind die konkreten Pro-

zesse im globalen Finanzsystem für die meisten Menschen weit entfernt. Fragen zu Banken und Finanzen werden so oft eher durch die eigenen Erfahrungen als systemische Betrachtungen reflektiert. Daher finden alternative Narrative zu dominanten orthodoxen Ansätzen bisher nur begrenzt Resonanz.

Ein kohärentes Narrativ für die Zukunft: Der Schlüssel zu einer zukunftsfähigen und gerechten Wirtschaftspolitik

Aus diesen Erkenntnissen ergeben sich mehrere Konsequenzen. Für die erfolgreiche Etablierung neuer Paradigmen in der Wirtschaftspolitik brauchen wir spürbare Veränderungen in den Lebensrealitäten der Menschen vor Ort zusammen mit Veränderungen in den Narrativen und dem Wissen zu wirtschaftlichen Themen.

Konsequenz 1: Wirtschaftspolitik gemeinschaftlich und nicht als Nullsummenspiel gestalten

Statt wirtschaftspolitische Entscheidungen als Nullsummenspiel darzustellen, sollten gemeinschaftliche Aspekte betont werden. Es ist entscheidend, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen nicht als unlösbare Konflikte zwischen „Gewinnern“ und „Verlierern“ zu konstruieren. Stattdessen sollten Lösungsansätze priorisiert werden, die allen Personen einer Gemeinschaft praktisch zugutekommen (z.B. bei der Planung und Bereitstellung von Wohnraum nicht für verschiedene Gruppe separate, sondern ein ganzheitliches Programm für eine Gemeinde erarbeiten). Damit kann das Ziel verfolgt werden, das Gefühl von Benachteiligung zwischen unterschiedlichen Personengruppen zu vermeiden, um Ab- und Ausgrenzung zu minimieren. Deliberative demokratische Prozesse können dabei helfen Gemeinsamkeiten zu betonen und Selbstwirksamkeit zu erhöhen.

Konsequenz 2: Angebotsveränderungen vor Ort ergänzen persönliche materielle Verbesserungen

Die meisten Menschen wünschen sich nicht nur eine Verbesserung ihrer eigenen Finanzen, sondern auch der Lebensumstände in ihrer Umgebung. Dazu gehört der Wunsch nach Gemeinschaft und Teilhabe, aber vor allem die Wahrnehmung der Angebote vor Ort. Privatwirtschaftliche und staatliche Leistungen müssen beide gestärkt werden, um Menschen einen positiven Ausblick und Vertrauen in staatliche Institutionen zu ermöglichen. Dabei geht es um mehr als Arbeitsplätze, sondern alle Bereiche, die das alltägliche Leben über alle Einkommensschichten hinweg verbessern können.

Konsequenz 3: Aktiv aufzeigen, wie der Staat deutsche Unternehmen für den internationalen Wettbewerb stärkt

Der großen Sorge vor internationaler Abhängigkeit Deutschlands muss stark entgegengetreten werden, um das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates wichtige Prozesse zu gestalten zu erhöhen. Neben guter Wirtschafts- und Handelspolitik auf der einen Seite gehört dazu auch das Erklären und Auseinandersetzen mit der Bevölkerung und das Sichtbarmachen von staatlichen und privatwirtschaftlichen Aktivitäten, die Verbesserungen auf diesem Gebiet erzeugen. Politische Maßnahmen, die nationale Anpassungen an globale Prozesse ermöglichen sollen, müssen als solche klar erkennbar und der Nutzen sichtbar sein.

Konsequenz 4: Verständnisse zu Umfang und Strukturen von Ungleichheit im Mainstream verfestigen

Trotz vieler Initiativen zur Aufklärung unterschätzen viele Menschen nach wie vor das Niveau an Ungleichheit und können nicht genau beschreiben, was genau Ungleichheit vorantreibt. Hier besteht enormer zusätzlicher Aufklärungsbedarf. Dazu gehört eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Frage, wie viel Ungleichheit in Ordnung oder teils sogar als wünschenswert angesehen wird – auch um deutlich zu machen, wie viel größer sie tatsächlich ist. Um Menschen für Maßnahmen zu gewinnen, die als besonders vielversprechend gelten, um Ungleichheit zu bekämpfen, muss das Problem zunächst besser in der Breite verstanden werden.

Konsequenz 5: Wissen zu Staatsfinanzen und Finanzwirtschaft muss massiv erhöht werden

Um die Optionspalette zu erweitern, die Menschen als möglich erachten, um Aufgaben des Staates zu finanzieren, muss das Wissen dazu stark erhöht werden. Eine starke Gegenerzählung zur privaten Haushaltsanalogie muss etabliert und wiederholt werden, um mittelfristig das Bewusstsein zu erhöhen, dass es mehr Alternativen gibt, gewünschte Ausgaben zu finanzieren als oft angenommen. Zusätzlich brauchen wir bessere Narrative, um über die Finanzbranche zu sprechen, da die meisten Menschen nur wenig Bezug zu bestehenden (auch progressiven) Erzählungen dazu haben. Dabei muss eine klare Unterscheidung zwischen dem Konzept „Bankfiliale vor Ort“ und „Finanzsystem“ etabliert werden, auch um Menschen die Möglichkeit zu geben besser zwischen produktivem und rein spekulativem Kapital unterscheiden zu können. Um eine differenzierte und konstruktive Debatte zu fördern, braucht es eine verständliche Auseinandersetzung mit den realen Auswirkungen des Finanzsystems auf das tägliche Leben.

Konsequenz 6: Spannungsfelder auflösen und neue Erzählungen kognitiv leichter abrufbar machen

Um neue Narrative zu etablieren, die den Status Quo herausfordern, müssen wir über die Entwicklung von Argumenten zu einzelnen Politikfeldern hinaus eine klare Gesamterzählung entwickeln, die sich von verschiedenen Akteuren wiederholen und sukzessive in zahlreichen Diskursen verstetigen lässt. Zwar stimmen viele Leute Aussagen zu, wenn wir sie nach gemeinwohlorientierten Vorschlägen fragen, die eine starke Rolle für den Staat vorsehen. Doch können nur wenige Personen solche Position ganzheitlich als ein geschlossenes Ideal formulieren. Dazu müssen wir Sprache und Beispiele entwickeln, die sich an den realen Denkweisen von Menschen orientieren – statt an den (auch progressiven) ökonomisch-theoretischen Grundlagen der jeweiligen Analysen und Maßnahmenvorschlägen. Dabei müssen existierende gedankliche Spannungsfelder berücksichtigt und abgebaut werden (z.B. bezüglich des Zusammenspiels von Staat und Unternehmen), damit Menschen leichter auf diese Erzählungen zurückgreifen können, wenn sie über bestimmte Themen nachdenken.

Konsequenz 7: Vorsicht bei Schnellumfragen zu Wirtschaftsthemen ist geboten und qualitative Forschung notwendig

Für die wissenschaftliche und politische Praxis bedeutet dies, dass Forscher*innen und Entscheidungsträger*innen bei der Interpretation von Umfragen vorsichtig sein sollten. Eine stärker qualitative und kontextuelle Analyse ist entscheidend, um die komplexen, oft emotionalen und kontextabhängigen Perspektiven der Bevölkerung adäquat abzubilden und daraus praktikable Handlungsempfehlungen abzuleiten. Vor allem sollten wir es vermeiden die

Zustimmung zu bestimmten Aussagen als Ablehnung eines aus ökonomisch-theoretischer Sicht gegenteiligen Vorschlags zu interpretieren. Was abstrakt als Widerspruch erscheinen mag, muss aus der subjektiv-angewandten Perspektive von Menschen keiner sein. Tiefer qualitative Erkenntnisse in die Konstruktion von Diskussionen zu wirtschaftspolitischen Themen sollten daher häufiger umfragebasierte Erhebungen ergänzen. Das Erlernte aus qualitativer Forschung sollte zudem genutzt werden, um etablierte Umfrageinstrumente in diesem Bereich zu hinterfragen und zu verbessern.

Autoren

Jan Eichhorn

Forschungsdirektor

Jan ist Mitgründer und Partner von d|part sowie Forschungsdirektor des Think Tanks. Seine Schwerpunkte sind Jugendbeteiligung, ökonomische Verständnisse sowie Dissonanzen zwischen Eliten- und Bevölkerungsperspektiven. Neben seiner Arbeit bei d|part ist Jan auch Senior Lecturer für Sozialpolitik an der Universität von Edinburgh. Er hat einen Bachelor in integrierter Sozialwissenschaft von der Jacobs University Bremen und einen Dokortitel in Soziologie von der University of Edinburgh.

Tobias Spöri

Senior Research Fellow

Tobias ist Senior Research Fellow bei d|part und lehrt am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf der Transformation der Demokratie in Europa, politischer Beteiligung und Bevölkerungseinstellungen. Er hat einen Dokortitel der Universität Wien und einen postgradualen Abschluss vom Institut für Höhere Studien in Wien (IHS).

d|part ist ein gemeinnütziger, unabhängiger und überparteilicher Think Tank mit Sitz in Berlin und führt Forschung zur Förderung von politischer Partizipation durch.

Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, eine Gesellschaft zu werden, in der alle Menschen in politischen Prozessen mitsprechen, mitmachen und sich beteiligen können. Um dies zu erreichen, müssen wir politische Partizipation besser verstehen, stärken und weiterentwickeln.

In unserer Arbeit verfolgen wir das Ziel, mit evidenzbasierter Forschung und wissenschaftlicher Expertise neue Erkenntnisse zu gewinnen, die wir aktiv in die Politik und in gesellschaftliche Debatten einbringen sowie an verschiedene Zielgruppen herantragen. Zu diesen zählen staatliche Institutionen, Politiker*innen und Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen, Medien, öffentliche Verwaltungen, aber insbesondere auch gesellschaftliche Gruppen, die sonst eher schwerer oder seltener von "der" Politik erreicht werden.

Veröffentlicht im Mai 2025

© d|part. Skalitzer Straße 33, 10999 Berlin, Germany

Mit finanzieller Unterstützung der European Climate Foundation durch das Forum New Economy.

Diese Publikation ist als PDF-Datei auf der Projekt-Website unter einer Creative-Commons-Lizenz verfügbar, die das Kopieren und Verbreiten der Publikation erlaubt, allerdings nur in ihrer Gesamtheit, solange d|part genannt wird und zur Verwendung für nichtkommerzielle Bildungs- oder öffentliche Zwecke.

Grafiken dürfen ohne Zustimmung nicht getrennt von der Publikation verwendet werden.

Kontakt

d|part Forschung für politische Partizipation

www.dpart.org
info@dpart.org

Skalitzer Str. 33
10999 Berlin